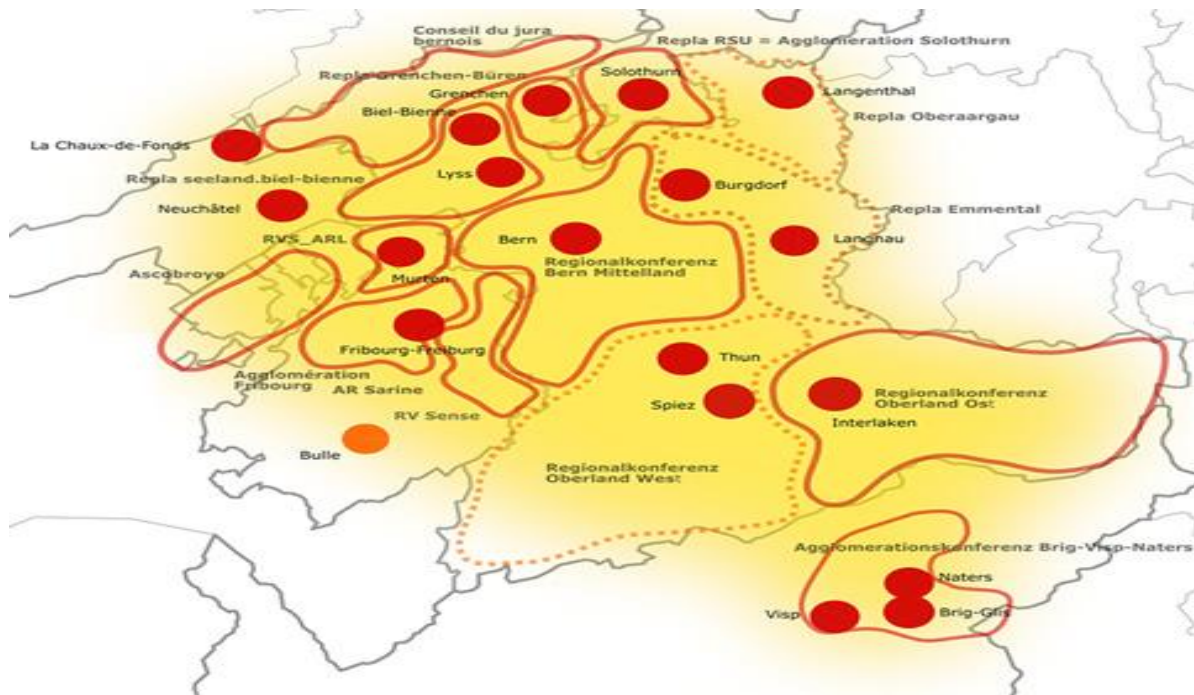


Zukunftsvorstellungen für die Stadt Bern Trottoirrand-Politik statt Visionen



Die Stadt Bern erreicht mit ihrer Agglomeration eine Einwohnergrösse eines mittleren schweizerischen Kantons. Dennoch gilt sie gemäss Amt für Raumentwicklung des Bundes nicht als Metropolitan-Region mit dynamischem Wachstum. Der politische Kompromiss dieser Zurücksetzung heisst nun Hauptstadtregion, eine Leerformel, weil die Hauptstadt der Schweiz gegeben ist und gleichzeitig dafür keine Konkurrenz vorhanden sein kann.

Die Diskussion zeigt für die Entente Bernoise einmal mehr, dass die politischen Akteure der Stadt Bern es verpasst haben, der Stadt eine moderne und dynamische Positionierung zu geben. Dies könnte allerdings das Versäumnis vergangener Politgenerationen sein. Aus diesem Grund wollte die Entente Bernoise wissen, was die heutigen politischen Hauptakteure in der Stadt Bern für Zukunftsvorstellungen für die Stadt haben und wie sie diese umzusetzen gedenken.

Die Entente Bernoise hat eine Reihe von Organisationen (Parteien / Verbände / Gemeinderat) zu ihrer Meinung/Position zu den folgenden Themen befragt:

- Entwicklungsziele für die Wohnbevölkerung in der Stadt Bern
- Künftige Ausnutzung der Bauzonen – Verdichtung versus Einfamilienhaus-Siedlungen
- Zielvorgaben Arbeitsmarkt – Anzahl Arbeitsplätze und Verhältnis öffentliche versus private Arbeitgeber
- Entwicklung des Bildungsstandorts Bern
- Entwicklung Privatverkehr - künftiger Zugang zur Innenstadt sowie zu den Aussenquartieren
- Entwicklung öffentlicher Verkehr – regionale und internationale Anbindung an europäische Zentren; inkl. Luftfahrt
- Entwicklung Steuern und Belastung durch Gebühren für Privatpersonen und Unternehmen

Die Antworten auf die schriftliche Umfrage sind allgemein speditiv und umfassend eingetroffen. Dies allerdings mit Ausnahmen: Der Handels- und Industrieverein konnte den am 9. April 2010 versandten Fragebogen nicht ausfüllen und hat auf seine Positions- und Strategiepapiere verwiesen. Keine Antwort ging ein von der BDP, dem Hauseigentümerverband und den Gewerkschaften. Die SP der Stadt Bern hat die Fragen bei einem persönlichen Treffen beantwortet.

Die Auswertung der Antworten ergibt eine Fixierung der politischen Akteure auf Tagespolitik und Tagesaktualitäten.

Thema: Wohnbevölkerung

	Fokus
EVP	Abwanderungsbewegung stoppen. Lebensqualität in der Stadt erhöhen.
FDP	Wachstum. Zielgrösse: 150'000.
GFL	Gleichberechtigtes Wohnen für alle Segmente ermöglichen.
GLP	Langsames Wachstum mit Fokus Mittelstand und Familien.
KMU*	Wachstum in allen Segmenten. Wohnqualität fördern.
SP	langsames, moderates Wachstum für alle Bereiche der Bevölkerung (insb. Familien)
SVP	Wachstum. Zielgrösse: Jährlich 3 %.
VCS	Wachstum mit Fokus Jugendliche und Familien

* KMU Stadt Bern - Gewerbeverband

Es besteht eine gewisse Einigkeit der Befragten, dass die Wohnbevölkerung in Bern stabilisiert oder erhöht werden soll. Uneinigkeit besteht allerdings im Segment, und leider fehlt die Verknüpfung zum Thema Finanzen und Steuern. Denn erwiesenermassen schaffen Einfamilienhaus-Siedlungen und gehobene Wohnblöcke mehr Steuersubstrat als unfokussiert verdichtetes Wohnen.

Thema: Bauzonen / Siedlungspolitik

	Fokus
EVP	Siedlungen für urbane Familien fördern. Landreserven schonen.
FDP	Verdichtung im urbanen Umfeld.
GFL	Ökologisches, verdichtetes Bauen. Energieeffiziente Sanierungen.
GLP	Verdichtung der bestehenden Bauflächen und am Stadtrand.
HIV*	Wohnungsbau auch für gehobene Ansprüche erleichtern. Baubewilligungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Denkmalschutz bei Anpassung der Bausubstanz einschränken.
KMU	Verdichtung im Zentrum. Verkehrsanbindungen nutzen.
SP	Verdichtung mit Abwägung zwischen Denkmalschutz und wohnpolitischen Massnahmen.
SVP	Verdichtete Bebauung der vorhandenen Grundstücke.
VCS	Verdichtung in Zentrumsnähe und ÖV-Linien.

* Handels- und Industrieverein des Kt. Bern, Sektion Bern

Im Bereich der Bauzonen sprechen sich alle Akteure für verdichtetes Bauen aus, viele insbesondere für eine Verdichtung im Zentrum und Aufstockung von Gebäuden. Leider erscheinen diese Äusserungen wenig durchdacht, weil ausser dem VCS keine Organisation eine Beziehung

zur Erreichbarkeit mit ÖV oder MIV (motorisierter Individualverkehr) zieht. Zudem wird das in der Stadt Bern besonders brisante Problem eines ausufernden Denkmalschutzes nur vom HIV und auf Nachfrage von der SP angesprochen.



Siedlung Baumgarten 3plus

Thema: Arbeitsmarkt

	Fokus
EVP	Mehr Einwohner hat Priorität. Verhältnis öffentliche und private Arbeitsplätze „spielt aus unserer Sicht keine Rolle“. Verwaltungsstadt hat auch Vorteile
FDP	Kein Abbau von Arbeitsplätzen. Gesunder Mix zwischen öffentl. und privaten Arbeitsplätzen. Private verstärkt fördern
GFL	öffentliche Arbeitsplätze sind auch Standortvorteil, weil für Private relevant.
GLP	Erhöhung des Anteils privater Arbeitsplätze (Promotion Standort Bern, Deregulierung, mittelfristig Steuersenkungen).
HIV	Bern für neue Unternehmen attraktiver gestalten. Subsidiaritätsprinzip fördern.
KMU	Keine wirtschaftende Verwaltung. Verlust an privaten Arbeitsplätzen nicht mit öffentlichen ersetzen.
SP	Mehr Arbeitsplätze im privaten Sektor, aber nicht zu Lasten des öffentlichen Sektors.
SVP	Möglichst breit diversifiziertes Arbeitsplatzangebot. Weg von der einseitigen Ausrichtung auf eine Wohnstadt.
VCS	Arbeitsplätze in Zentrumsnähe erhalten und in mit ÖV gut erschlossenen Gebieten fördern.

Im Bereich Arbeitsmarkt fällt der Wunsch sowohl der Wirtschaftsorganisationen und der bürgerlichen politischen Parteien bis zur Mitte hin auf, die Anzahl der Verwaltungsarbeitsplätze zugunsten solcher der Privatwirtschaft zu reduzieren. Diese offenbar mehrheitsfähige Zielsetzung wäre es wert, in konkreten Vorstössen zu Stadtplanung und bei anstehenden Überbauungsordnungen, beispielsweise Militärareale, konkret angegangen zu werden.

Thema: Bildungsstandort

	Fokus
EVP	Bern soll Bildungsknotenpunkt werden.
FDP	Kompetenzzentrum Bildung beibehalten bzw. ausbauen. Wettbewerb fördern.
GFL	Universität als ThinkTank soll über ausreichend Mittel verfügen (unabhängige Lehre und Forschung).
GLP	Fach- und Hochschulcluster in Zusammenarbeit mit Verwaltung, Privatwirtschaft und Hochschulen.
HIV	Bildungsschwerpunkte präziser auf wirtschaftliche Bedürfnisse ausrichten. Reduktion der Schulmodelle.
KMU	Gute Grundschulen / Lehre als berufliche

	Ausbildung stärken
SP	Bildung Hochschulcluster.
SVP	Bildungsniveau wird durch Gleichmacherei gesenkt. Bildungsstandort wird geschwächt und verliert an Attraktivität.
VCS	Bildungsstandort durch Spezialisierung der Uni und FH stärken.

In Sachen Bildung ergibt sich ein ziemlich erstaunliches Bild: Die politisch eher links anzusehenden Parteien und Organisationen sprechen sich durchweg für einen Hochschulstandort Bern mit Ausstrahlungskraft aus. Bürgerliche Parteien und Wirtschaftsverbände verstehen unter Bildung offenbar primär die Grundschulen und sprechen sich für mehr Berufslehren aus. Wie bereits erwähnt, kommt die einzige Vision in diesem Bereich von der grün-liberalen Partei und der SP.



Hauptgebäude der Universität Bern

Thema: Privatverkehr

	Fokus
EVP	Verkehrskommiss konsequenter umsetzen. Koexistenz MIV und Langsamverkehr. Eindämmung MIV.
FDP	Vernünftige Zufahrtsregelungen. Keine künstliche Verschlechterung des Individualverkehrs (z.B. Kapphaltestellen)
GFL	Förderung des nicht motorisierten Individualverkehrs. In Aussenquartieren Begegnungsstrassen fördern.
GLP	Durchsetzung beschlossener Massnahmen. Kein Schikanieren des MIV. Fokus auf ÖV und Langsamverkehr.
HIV	Ausbau der Autobahnanbindung und der Hauptverkehrsachsen.
KMU	Freier Zugang zur Innenstadt. Freie Durchquerung der Stadt.
SP	Reduktion MIV durch Umsetzung beschlossener Massnahmen. Roadpricing als langfristige Möglichkeit.
SVP	Kein Roadpricing. Hauptverkehrsachsen sollen auch in den Aussenquartieren unbeschränkt zugänglich sein.
TCS	Kein Durchgangsverkehr im Kern der Innenstadt. Verkehrsberuhigung in den Quartieren ohne Sperrungen und Schikanen
VCS	Privatverkehr einschränken z.B. mit Roadpricing. Park&Ride ausbauen. ÖV fördern. Innenstadt für MIV unattraktiv machen.

In Sachen Verkehr zeigen sich die üblichen Fronten und die totale Blockierung jeder zukunftssträchtigen Entwicklung, welche seit bald 20 Jahren in Bern herrscht. Linke Parteien und Organisationen wollen das Auto aus der Stadt verbannen mit Roadpricing, Zufahrtsbeschränkungen und Fokus auf den Langsamverkehr.

Bürgerliche wollen freie Zufahrt, wenn auch in der Regel keine freie Durchquerung der Innenstadt mehr (mit Ausnahme des Gewerbeverbandes).

Thema: Öffentlicher Verkehr

	Fokus
EVP	Skeptisch gegenüber Ausbau Flughafen Belp (ZH und GE in zumutbarer Nähe)
FDP	Internat. Zugverbindungen müssen besser werden. Belp ist für international tätige Unternehmen Standortvorteil
GFL	Ausbau Belp nicht sinnvoll. Flugverkehr auf dringend notwendige Flüge für Regierung beschränken. Personenzugang RSB verbessern. Durchmesserlinie schaffen und internationale Anbindung ÖV verbessern.
GLP	Belp soll nicht weiter geschwächt werden – ist für Bern als Unternehmens- und Messestandort zentral.
HIV	Mehr Flugverbindungen ab Bern-Belp. Ausbau Anbindung mit Bahn an europäische Zentren.
KMU	Ja zu Belp. Anbindung an das internationale Bahnnetz inkl. TGV
SP	Regionale Anbindung ist auf gutem Weg. Skeptisch gegenüber Ausbau des Flughafens.
SVP	ÖV wird stark gefördert. Belp muss ausgebaut werden. Regional ist der ÖV zweckmässig ausgebaut, reicht aber nicht aus, um die zukünftige Nachfrage zu decken.
TCS	ÖV und IV als gegenseitige Ergänzung. Ausbau des ÖV fördern.
VCS	Internationale Tangentiallinien im ÖV stärken. Luftfahrt weniger attraktiv machen, z.B. mit CO2-Steuer

Im öffentlichen Verkehr wird die Verstärkung der internationalen Anbindungen gefordert; dies jedoch ohne Kenntnissnahme des aktuellen Trends, wonach Bern sich offensichtlich abseits der von den SBB geförderten internationalen Linien befindet. Es ist sehr schade, dass die einstige Grundidee zum Lötschberg Basistunnel, - die Schaffung der schnellsten Verbindung zwischen Frankfurt und Mailand via Bern Wankdorf (und nicht Bern Bahnhof) - nicht realisiert wurde und von der Stadt sowie den Parteien weiterhin sträflich vernachlässigt wird. Dies wäre eine echte Verbesserung der Standortattraktivität Berns.

Linke und Umweltorganisationen glauben zudem nach wie vor, dass Bern ohne Flugplatz auskommen könne, dies ohne Reflektierung, dass einerseits für den Tourismus des Berner Oberlandes ein Anschluss in Belp lebensnotwendig bleiben wird. Denn von Genf und Zürich aus sind die Konkurrenzgebiete im gesamten Wallis, bzw. in Andermatt und im Bündnerland eindeutig schneller erreichbar als Wengen oder Grindelwald. Andererseits ist für Wirtschaft (und auch die Politik) ein taugliches Netz an Tagesverbindungen mit Linienmaschinen, bzw. Businessjets überlebenswichtig, um die entsprechenden Kaderstellen und damit auch die Steuern zahlende Wohnbevölkerung in Bern zu halten.

Im Verkehrsbereich ist es leider offensichtlich, dass jegliche Vordenkerrolle bei den bernischen Akteuren fehlt.

Thema: Steuern und Gebühren

	Fokus
EVP	Innerhalb Kanton liegt Bern im Mittelfeld. Steuersenkung nur dann, wenn die ausgewiesenen Zentrumslasten der Stadt ausgeglichen werden
FDP	Weniger Steuern für Private und Unternehmen steigert die Standortqualität. Keine Erhöhung von Steuern und Abgaben
GFL	Zurzeit weder Erhöhungen noch Senkungen. Keine Pauschalbesteuerungen. Gebühren nach Verursacherprinzip und bei Nutzung von öffentlichem Raum.
GLP	Schuldenabbau dann mittelfristig Senkung.
HIV	Belastung durch Steuern und Gebühren reduzieren. Desinvestitionen zum Schuldenabbau.
KMU	Reduktion Gebühren und Abgaben. Reduktion Steuerbelastung
SP	Lebenskosten müssen umfassend betrachtet werden. Verursachergerechte Gebühren. Steuersenkung ist ein Thema der Rahmenbedingungen.
SVP	Steuern sind in Bern im schweizerischen Vergleich viel zu hoch.
TCS	Senkung der sehr hohen Motorfahrzeugsteuern
VCS	Familien steuerlich erleichtern. Anreize für einen nachhaltigen Wirtschaftsstandort schaffen.

In Bereich Steuern und Gebühren zeigt sich die gleiche Verhärtung der Fronten wie im Verkehrsbereich. Die einen fordern Steuersenkungen, die andern Steuererhöhungen für die bereits fiskalisch stark Belasteten unter dem Begriff Steuergerechtigkeit.

Der einzige innovative Ansatz in diesem Bereich kommt diesmal von der GFL und auf Nachfrage von der SP, welche ein Schwergewicht auf verursachergerechte Gebühren legen möchten. Dieser Ansatz liesse sich konsequent ausbauen in Richtung Abgeltungen öffentlicher Leistungen durch diejenigen, die sie wirklich in Anspruch nehmen.

Beurteilung

Das Fazit fällt eher nüchtern aus. Berns politische Akteure haben sich in der sogenannten „Trottoirrand-Politik“ festgekrallt. Visionen zur Zukunft sind wenige und häufig nur ansatzweise vorhanden. Insbesondere fehlt eine über die Parteigrenzen hinweg anerkannte Führungsfigur, die Bern aus seinem kleinkarierten Streit herausreissen könnte. Eine solche Erwartung ist nicht unrealistisch, werfen wir doch nur einen Blick auf die zweite Stadt des Kantons, auf Biel. Dort ist es einem charismatischen und unideologischen SP-Stadtpräsidenten gelungen, eine wirtschaftsorientierte Entwicklungspolitik breiten Bevölkerungskreisen und der Wirtschaft schmackhaft zu machen. Und dies trotz relativ hohem Steuersatz der Gemeinde. In Bern aber ist die Umsetzung der „Strategie Bern 2020“ des Gemeinderates zum Scheitern verurteilt, solange er es nicht schafft, dass die politischen Gremien und Parteien seine Visionen mittragen und stattdessen eigene kleine Profilierungsfelder suchen.

Die Entente Bernoise stellt dennoch zwei Handlungsfelder fest, in denen es gelingen könnte, gemeinsam die Stadtentwicklung voranzutreiben und somit ein positives Umfeld und ein sogenanntes Wir-Gefühl zu entwickeln.

Es geht einerseits um die **bauliche Entwicklung der Stadt**: Offenbar besteht Einigkeit im Sinne der Verdichtung. Diese sollte jetzt konkretisiert und gleichzeitig segmentiert werden für die Bereiche Altstadt, übrige Kernzone und angrenzende Wohnquartiere. Nachdem Bern heute seit langem die europäische Stadt mit dem höchsten ÖV-Anteil ist, könnten zusätzliche Arbeits- und/oder Wohnplätze mit vertretbarem zusätzlichem Individualverkehr in beachtlicher Anzahl geschaffen werden. Dieses Konzept müsste vom Gemeinderat zusammen mit der Stadtplanung entsprechend vorangetrieben werden.

Der zweite Bereich umfasst den (Tertiär-) **Ausbildungsstandort Bern**. Ein Hochschulcluster in der Kombination der neuen Standorte der Uni mit einem Campus der Berner Fachhochschule wäre eine interessante Besonderheit innerhalb der grossen Städte der Schweiz. Bekanntlich haben im Ausland Mittelstädte, wie beispielsweise Gießen oder Salamanca, ein internationales Renommee gerade durch die hohe Anzahl ihrer Studien- und Forschungsplätze erreicht. Auch hier liesse sich wohl eine Einigung der politischen Akteure erarbeiten, doch ist ein starker Lead seitens von Exponenten der Stadt, der Hochschulen und der Privatwirtschaft notwendig.

Die Bilanz der Entente Bernoise:

- Bern ist vom Bund nicht mehr als wirtschaftlich bedeutende Region eingestuft worden.
- Bern droht der Rückfall auf Provinzstatus.
- Es fehlen mehrheitsfähige Visionen.
- Statt gemeinsame Visionen zu kreieren beschäftigen sich die politischen Parteien mit kleinem Streit.

Die Entente Bernoise fordert deshalb:

- Um die Stadt Bern als Wirtschaftsmotor für den Kanton zu stärken, müssen überparteiliche Zukunftsvorstellungen für die Stadtentwicklung definiert werden.
- In der langfristigen Planung muss sich die Stadt Bern auf mehrheitsfähige und dennoch visionäre Projekte beschränken.
- In einem ersten Schritt sollen Vorstellungen für die bauliche Entwicklung und den Hochschulstandort geschaffen werden.
- Weiter müssen Zielvorstellungen im Bereich Arbeitsplatz-Struktur entwickelt werden.

Die Entente Bernoise ist ein Verein, der bezweckt, ein für die Wirtschaft günstiges, politisches Klima in der Agglomeration Bern zu fördern. Werden Sie Mitglied auf www.ententebernoise.ch

04/2010